

Die Energiewende ist nur bei drohendem Weltuntergang zu rechtfertigen

Stand: 01.02.2020 | Lesedauer: 8 Minuten



Von **Stefan Aust**
Herausgeber



Da kommt eine Menge Arbeit auf die Erneuerbaren zu, schreibt WELT-Herausgeber Stefan Aust

Quelle: Getty Images/Peter Cade, Claudius Pflug

Die deutsche Obsession von einem Umbau der Stromversorgung bedroht hiesige Unternehmen. Die erneuerbaren Energien sollen es nun richten. Doch wie absurd weit jenseits der Realität man sich bewegt, zeigen mehrere Beispiele.

Franzosen und Russen gehört das Land

Das Meer gehört den Briten

Wir aber besitzen im Luftreich des Traums

Die Herrschaft unbestritten.

Das wusste schon Heinrich Heine, als er 1843 „Deutschland. Ein Wintermärchen“ schrieb. Daraus ist im allgemeinen Bewusstsein nur das „Sommermärchen“ übrig geblieben, was inzwischen getrübt ist durch die krummen Machenschaften, mit denen die

Fußballweltmeisterschaft 2006 nach Deutschland geschmiert wurde. Das „Luftreich des Traums“ steht immer noch, genauso wie sein Pendant, das „Luftreich des Albtraums“. Träume und Alpträume sind aus demselben Stoff, der Abwendung von der Wirklichkeit. Irrationalität ist geradezu das Kennzeichen der Gegenwart geworden, im Land der Träumer und Alpträumer.

Unter den 100 größten börsennotierten Unternehmen der Welt sind nur noch zwei aus Deutschland, SAP (<https://www.welt.de/themen/sap/>) und Siemens (</wirtschaft/article205282355/Siemens-Joe-Kaeser-geht-fuer-Mini-Deal-unkalkulierbares-Risiko-ein.html>). Daran, dass sich das ändert, arbeiten deutsche Klimaaktivisten – und Spitzenmanager helfen dabei. So lässt sich Siemens-Chef Joe Kaeser in die Debatte um die Lieferung einer Zug-Signalanlage für ein Kohlebergwerk in Australien treiben und lädt eine junge Aktivistin ein, im Aufsichtsrat am Niedergang des Unternehmens mitzuwirken. Womit er den PR-GAU des noch jungen Jahres (</wirtschaft/article205349197/Siemens-Kein-PR-Gag-Kaeser-rechtfertigt-Angebot-an-Neubauer.html>) schafft.

Kohle ist so schwarz wie die Seele des Kapitalismus. Da reicht es nicht, dass wir selbst aussteigen, sondern wir müssen global vorausmarschieren, beim Ausstieg aus den nicht erneuerbaren Energien. Jede Firma, die ihre Kohle mit der Förderung der Kohle verdienen will, wird der „extinction“ geweiht. Dabei ist es schon zu Hause schwer genug, Traum und Wirklichkeit unter einen Hut zu bekommen. Irgendwie hängt alles mit allem zusammen. Da kommt es leicht zum Vielfrontenkrieg gegen Phantome – und dem einen oder anderen Schuss in den Ofen.

Man kann leicht erkennen, worauf wir beim Ausstieg verzichten

Um den Blick auf die Wirklichkeit nicht ganz zu verlieren, helfen manchmal Zahlen. Es sind keine Computerprognosen notwendig, um die offiziellen Zahlen des Ministeriums für Wirtschaft und Energie zum Verbrauch der Primärenergie zu verstehen. Die Kenntnis der Grundrechenarten reicht aus.

Die „Energietorte“ für 2018 zeigt, aus welchen Quellen wir unsere Energie beziehen. Und man kann leicht erkennen, worauf wir beim Ausstieg verzichten:

Kernenergie – Ausstieg beschlossen

Steinkohle – Ausstieg beschlossen

Braunkohle – Ausstieg beschlossen.

Damit sind wir dabei, auf insgesamt 28,5 Prozent jener Primärenergie zu verzichten, aus der ganz wesentlich Strom hergestellt wird. Da kommt eine Menge Arbeit auf die Erneuerbaren zu. Diese Hoffnungsträger der Energiewende sind bisher mit insgesamt 13,8 Prozent vertreten, davon 6,4 Prozent Biomasse, Windkraft drei Prozent, Fotovoltaik 1,3 Prozent, Abfälle und Deponiegas ein Prozent, Biokraftstoffe 0,9 Prozent, Wasserkraft 0,5 Prozent, Wärmepumpe 0,4 Prozent, Geothermie 0,082 Prozent.

Dazu kommen in der Energie-Torte:

Erdgas, 23,4 Prozent – davon ein gutes Drittel aus Russland,

Mineralöl, 34 Prozent – davon ebenfalls ein gutes Drittel aus Russland.

Natürlich ist es moralisch höchst problematisch, Gas und Öl in diesen Mengen von Putin zu kaufen, auch wenn Gerhard Schröder ihn für einen lupenreinen Demokraten hält. Dann schon lieber von den anderen lupenreinen Demokratien wie Irak, Nigeria, Saudi-Arabien, Libyen, Iran et cetera.

Das schmutzige Öl aus der kanadischen Provinz Alberta sollte besser draußen bleiben, denn es wird aus Teersanden gewonnen – und der EU-Import sollte schon einmal verboten werden.

Dass die Amerikaner heftigen Druck gegen die Fertigstellung von Nord Stream 2 machen, kann man ihnen nicht verdenken, wollen sie doch Deutschland und Europa vor der Abhängigkeit von Putins Gas schützen. Am besten wird die Freiheit durch den Kauf von amerikanischem Flüssiggas gesichert, das gegen jede Umweltmoral vor allem durch Fracking gewonnen wird.

Insofern dürfte die Ausweitung dieser Import-Energien nicht ganz im Sinne der Energiewende sein.

Da bleibt nur die erneuerbare Energie, wobei manche Umweltschützer inzwischen auch die Herstellung von Biomasse durch in Gülle gebadete Maisfelder kritisch sehen. Dabei ist die Versorgung mit Strom aus Biogas immerhin einigermaßen stabil. Etwa die Hälfte der Fläche Deutschlands wird landwirtschaftlich genutzt, knapp 20 Prozent davon für den Maisanbau. Leider kann das Land nicht vollständig für die Stromproduktion zur Verfügung gestellt werden, weil die Bevölkerung immer noch ernährt werden will.

Durch den enormen Flächenbedarf des Maisanbaus sind die Pachtpreise in weiten Teilen Deutschlands so stark angestiegen, dass sich Tierhaltung auf Grünland kaum noch lohnt. Auch für den Futteranbau sind die Flächen oft zu kostbar. Deshalb ergibt die flächensparende Massentierhaltung ökonomisch mehr Sinn. Das Futter kann ja auch in Form von Soja aus den ehemaligen Regenwaldgebieten Brasiliens oder den USA importiert werden. Die in den Laufboxen von Rindern und anderen Methangas-Produzenten erzeugte Gülle wird dann auf den Maisfeldern abgelassen, was den Ertrag gewaltig erhöht und damit am Ende der Stromproduktion zugute kommt. Dass das Grundwasser dadurch einen deutlich höheren Nitratgehalt bekommt, stört die Mais-Gülle-Biogas-Strom-Erfolgsstory leider ein wenig.

Bleibt das Luftschloss des Windes. Leider ist auch das etwas zugig. 29.213 Windräder gibt es in Deutschland an Land, offshore 1305.

Die Fläche der Bundesrepublik beträgt 357.582 Quadratkilometer. Damit steht gegenwärtig im Durchschnitt etwa ein Windrad auf zwölf Quadratkilometern, also einer Fläche von drei mal vier Kilometern. Wollte man den Anteil der Windenergie so erhöhen, dass der Ausfall von Atom, Steinkohle und Braunkohle ersetzt würde, müsste man eine Lücke von 28,5 Prozent schließen. Man brauchte also rund zehnmal so viel Windstrom wie bisher.

Dazu wären, wenn die Anlagen gleich groß blieben, etwa zehnmal so viele Windräder nötig, also rund 300.000. Das wäre eine Windkraftanlage auf etwas mehr als einem Quadratkilometer - in Stadt und Land, auf Autobahnen, Bahnstrecken, Seen, Flüssen, Wäldern und Gebirgen. Würde man diese Windräder nur auf den landwirtschaftlichen Flächen bauen, wären es zwei pro Quadratkilometer.

Eine Aufrüstung der kleinen Altanlagen („Repowering“) kann zwar theoretisch Abhilfe schaffen – aber dazu müssten die Anlagen so hoch in den Himmel wachsen, dass sie genehmigungsrechtlich kaum mehr durchsetzbar sein dürften.

Bleibt der deutsche Wald, knapp ein Drittel der Fläche Deutschlands. Dem rückt man heute schon zu Leibe, um Windanlagen zu errichten.

Windräder stehen einen Großteil des Jahres still

Bei der Gefahr allzu großer Windraddichte wird dann gemeinhin das Wunderwort „Repowering“ ins Spiel gebracht, was so viel heißt wie: wir machen die Dinger einfach größer und effektiver, dann brauchen wir lange nicht so viele davon. Womit die windigen Träume noch weiter in den Himmel wachsen, als mittlere Wolkenkratzer mit Drehflügeln.

Die absurden Zahlenspiele zeigen, wie weit jenseits der Realität man sich inzwischen bewegt, in den teuren Wunschträumen der Energiewende. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass Windanlagen statistisch betrachtet nur zu 2000 Stunden im Jahr Vollast produzieren und zu einem guten Viertel der 8760 Stunden des Jahres wegen Windmangels ganz oder fast ganz stillstehen.

In diesem Fall bleibt nur das Anwerfen der als Eingreifreserve teuer gebauten Ersatzkraftwerke, zumeist auf Gasbasis, um den Blackout zu verhindern.

Oder man kauft den [Strom von den Nachbarn \(/politik/ausland/article204269214/EU-Gipfel-Ohne-Atomenergie-erreichen-wir-die-Klimaneutralitaet-nicht.html\)](/politik/ausland/article204269214/EU-Gipfel-Ohne-Atomenergie-erreichen-wir-die-Klimaneutralitaet-nicht.html), rechts aus den Kohlekraftwerken in Polen und links aus den französischen Atommeilern. Damit das nicht so einfach geht, versucht die Europäische Union gerade, den Polen die Kohlekraftwerke auszutreiben.

Dafür will sie ihnen im Zuge des „[Green Deal](/politik/ausland/article204999012/Gigantischer-Green-Deal-EU-Kommission-will-Tausend-Milliarden-Euro-in-Klimaschutz-investieren.html)“ (</politik/ausland/article204999012/Gigantischer-Green-Deal-EU-Kommission-will-Tausend-Milliarden-Euro-in-Klimaschutz-investieren.html>) 100 Milliarden Euro überweisen, wohl damit Polen die effektiven Windräder aufstellen kann, die sich auch dann noch drehen, wenn bei uns Windstille ist. Eine elektronische Überweisung der EU-Kohle dürfte dem Verbrennen von Euro-Scheinen gegenüber immerhin den Vorteil haben, dass kein CO₂ freigesetzt wird.

Aber natürlich kaufen wir nicht nur Strom von den Nachbarn. Immer wenn zu viel Wind- und Solarstrom ins Netz drängt, muss er zu „negativen Preisen“ ins Ausland verkauft werden, er wird also nicht nur verschenkt, sondern es wird draufgezahlt. Dann pumpen zum

Beispiel österreichische Speicherwerke mit subventioniertem deutschen Strom Wasser in die Oberbecken, und wenn Dunkelflaute in Deutschland herrscht, wird der Strom teuer zurückverkauft. Das geschah 2019 232 Stunden lang.

Wenn die Windanlagen aufgrund zu starken Windes abgeschaltet werden müssen, wird zur Abwechslung fiktiver „Geisterstrom“ (</wirtschaft/plus198195361/Nie-produziert-aber-bezahlt-Der-Geisterstrom-offenbart-den-Irrsinn-der-Energiewende.html>) produziert, der laut EEG den Anlagenbetreibern vergütet werden muss – das hat sich im ersten Quartal 2019 auf 394 Millionen Euro zusammengeläppert.

Insgesamt ein Geschäftsmodell, das nur bei drohendem Weltuntergang zu rechtfertigen sein dürfte. Und dieses Drohszenario erlaubt ja nicht nur Schuleschwänzen am Freitag. Die Rebellion gegen das Aussterben macht alles andere zur Nebensache.

Bevor wir aus Atomenergie, Steinkohle, Braunkohle ausgestiegen sind, Öl und Gas reduziert haben und voll auf die erneuerbaren Energieträume umgeschaltet haben, müssen wir den anderen Ländern zeigen, wo es langgeht.

Da helfen die Buschbrände in Australien, um die Apokalypse plakativ zu machen. Dass es 1974/75 Down Under auf deutlich größeren Flächen gebrannt hat, wird lieber ausgeblendet.

Ziel des Katastrophenwettlaufs: auch auf der anderen Seite der Erde den Abbau von Kohle zu stoppen. Der Appell der jungen Klima-Aktivistin an den Chef von Siemens (<https://www.welt.de/themen/siemens/>), die Technik für den Zug eines Kohlebergwerks nicht zu liefern, brachte den zu der irrigen Annahme, ein Job im Aufsichtsrat könnte Weltenretter stoppen. Zwar kam er damit kurzzeitig als höchst progressiv in die Medien, holte sich aber unmittelbar darauf eine ziemliche Klatsche ab. Die deutsche Sprecherin der Fridays-for-Future-Bewegung lehnte das Jobangebot ab (</wirtschaft/article204901764/Siemens-Aufsichtsgremium-Luisa-Neubauer-lehnt-Kaesers-Angebot-ab.html>). Sie hätte Wichtigeres zu tun.

Vielleicht dies: China daran zu hindern, weitere Kohlekraftwerke zu bauen. Aus der bis 2020 installierten Leistung von 1100 Gigawatt Kohlestrom (Deutschland hat noch 44 Gigawatt) sollen bis 2035 immerhin 1400 Gigawatt werden. Da gibt es einiges zu tun. Ob sich die

Chinesen – so wie deutsche Manager und Politiker – von jugendlichen Aktivistinnen um die Häuser schicken lassen, bleibt allerdings abzuwarten.

Nun wartet die Welt darauf, ob Siemens sich *future*-gerecht von der Kohle verabschiedet. Dann hätte das Personal des Konzerns wohl genügend freie Zeit, freitags mitzudemonstrieren. Für die Zukunft im Luftreich des Traumes.

Dieser Artikel ist Teil einer Sonderpublikation zum WELT-Wirtschaftsgipfel. Sie haben wie im Vorjahr wieder die Möglichkeit, die WELT als Einzelausgabe mit dieser 20-seitigen Beilage zu bestellen (<https://marketing.welt.de/q3qfvv>).

© Axel Springer SE. Alle Rechte vorbehalten.

Teilen Sie die Meinung des Autors?

JA  3389 NEIN  89

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/205295577>